



Geschäftsführung  
Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

Ansprechpartner/in: Herr Schnitzler

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: [norbert.schnitzler@stadt-koeln.de](mailto:norbert.schnitzler@stadt-koeln.de)

Datum: 06.05.2009

## Niederschrift

über die **37. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2004/2009 am Montag, dem 04.05.2009, 15:07 Uhr bis 17:25 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

### Anwesend waren:

#### Vorsitzende/r

Herr Horst Thelen Grüne

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Gerhard Brust	Grüne	15.20 Uhr bis 16.20 Uhr
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Herr Alfred Hoffmann	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	ab 15.55 Uhr
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	ab 15.55 Uhr
Frau Cornelia Schmerbach	SPD	
Frau Monika Schultes	SPD	
Frau Dr. Astrid Reimers	Grüne	anwesend von 15.07 Uhr bis 15.20 Uhr und 16.20 Uhr bis 17.25 Uhr
Frau Yvonne Gebauer	FDP	

#### Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Frau Regina Wilden	pro Köln
Herr Peter Löwisch	auf Vorschlag der Fraktion die Lin-
ke.Köln	

#### Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Joachim Geysse	auf Vorschlag der CDU
Herr Günter Klette	auf Vorschlag der SPD
Herr Marc Müller	auf Vorschlag der Grünen
Frau Marianne Wolf	auf Vorschlag der FDP

### Presse

## **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Hildburg Holländer CDU

#### **Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW**

Herr Manfred Rouhs pro Köln

#### **Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung**

Herr Heinz Klein auf Vorschlag der CDU  
Frau Brigitte Spielberg auf Vorschlag der SPD

#### **Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Herr Turan Özküçük

**Verwaltung:** Herr Dr. Höver

**Verwaltung und Protokoll:** Herr Schnitzler

**Fachamt:** 20, Herr Ropertz 57, Frau Stüwe  
52, Herr Zander 66, Herr Rothe

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Mitteilungen**

1.1 Eingabe zur Nord-Süd-Stadtbahn (Az.: 02-1600-6/09)

1.2 Eingabe zu einem ordnungsrechtlichen Verfahren (Az.: 02-1600-16/09)

#### **2 Anfragen**

2.1 Mündliche Anfragen

2.2 Schriftliche Anfragen

### **3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NW**

- 3.1 Beschwerde über den Umgang mit einer Eingabe für den Bürgerhaushalt zum Thema "Freie Tennisplätze" (Az.: 02-1600-9/09)  
0856/2009
- 3.2 Eingabe für die Weiterentwicklung des Kölner Müllkonzeptes und der Kölner Müllgebührenpolitik (Az.: 02-1600-2/09)  
1166/2009
- 3.3 Kreisverkehre sollen vom Ausnahme- zum Regelfall werden (Az.: 02-1600-15/09)  
1306/2009

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Mitteilungen**

#### **1.1 Eingabe zur Nord-Süd-Stadtbahn (Az.: 02-1600-6/09)**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt die Information zur Kenntnis.

#### **1.2 Eingabe zu einem ordnungsrechtlichen Verfahren (Az.: 02-1600-16/09)**

Herr Dr. Höver informiert den Ausschuss, dass er diesen Fall mit dem Leiter der Ordnungsverwaltung besprochen hat. Die Verwaltung sei dem Antragsteller schon durch die Einstellung des Ordnungswidrigkeitenverfahrens und den Verzicht auf die Zahlung des Bußgeldes entgegengekommen. Leider sei es nicht möglich gewesen, ihm auch noch die Abschleppkosten zu erlassen. Da der Antragsteller die Möglichkeit hatte, Rechtsmittel einzulegen, sei die Angelegenheit von der Verwaltung zurückgewiesen worden.

Frau Schmerbach stellt ebenfalls ein gewisses Entgegenkommen der Verwaltung fest. Sie vertritt jedoch die Auffassung, dass an Krankenhäusern sogenannte „Notfallparkplätze“ ausgewiesen werden müssen. Außerdem fragt sie nach, in welchem Zeitraum üblicherweise ein Abschleppwagen abbestellt werden kann.

Herr Dr. Höver sagt die Beantwortung hinsichtlich der Anregung und der Frage zu.

Frau Wilden regt an, die Verwaltung möge durch großzügiges Verhalten dem Antragsteller die Abschleppkosten erlassen.

Herr Thelen macht deutlich, dass der Verwaltung keine Mittel zur Verfügung stehen, um z. B. in einem solchen Fall die Abschleppkosten zu übernehmen. Er bittet jedoch die Verwaltung, bei solchen Verstößen mit Fingerspitzengefühl zu agieren (z. B. nicht so schnell den Abschleppwagen zu bestellen).

### **2 Anfragen**

#### **2.1 Mündliche Anfragen**

- keine -

## **2.2 Schriftliche Anfragen**

- keine -

## **3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NW**

### **3.1 Beschwerde über den Umgang mit einer Eingabe für den Bürgerhaushalt zum Thema "Freie Tennisplätze" (Az.: 02-1600-9/09) 0856/2009**

#### **Beratungsverlauf:**

Der Antragsteller erläutert seine Eingabe. Er ist der Meinung, dass die Behauptung der Verwaltung, das derzeitige Angebot an freien Tennisplätzen würde dem Bedarf entsprechen, nicht stimmt, da die meisten seiner Bekannten Tennis ohne Verein bzw. kostenlos spielen möchten. Insbesondere sollen mehr kostenfreie Spielmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Der Antragsteller vermutet, dass die Verwaltung seinen Vorschlag zum Bürgerhaushalt mit anderen Vorschlägen zum Tennissport zusammengefasst hat, um eine Zustimmung zu verhindern.

Herr Zander, 52 Sportamt, macht deutlich, dass nach einem Riesenboom im Tennissport nunmehr in den letzten Jahren ein Rückgang zu verzeichnen ist. Kommerzielle Anbieter von Spielmöglichkeiten würden Kapazitäten abbauen oder Anlagen schließen, auch städtische Anlagen (z. B. am Stadion) seien reduziert worden. Bei der Tennisanlage Friedrich-Schmidt-Straße seien regelmäßig tagsüber noch Plätze buchbar. Der Preis von 11,50 € pro Stunde sei durchaus bezahlbar.

Herr Ropertz, 20 Kämmerei, weist darauf hin, dass die Verknüpfung einzelner Vorschläge zum Bürgerhaushalt kein Indiz dafür ist, dass dieser Vorschlag nicht realisiert werden soll. Die Verknüpfungen seien nur Hinweise darauf, dass es mehrere (ähnliche) Vorschläge zu einem Thema gibt. Alle Top-100-Vorschläge seien den politischen Gremien vorgelegt worden. Die Verwaltung habe die Vorschläge des Antragstellers nicht abgelehnt, sondern lediglich für die politischen Gremien eine Stellungnahme abgegeben.

Frau Dr. Reimers spricht sich dafür aus, die Eingabe dem Sportausschuss zuzuleiten, da der Vorschlag des Antragstellers zum Bürgerhaushalt offensichtlich der weitestgehende zum Thema Tennissport war (preiswerte Lösung durch einfache Plätze).

Herr Dr. Elster macht deutlich, dass das Verfahren der Stadt Köln zum Bürgerhaushalt bundesweit Anerkennung findet. Probleme bei diesem neuen Verfahren könnten beim nächsten Bürgerhaushalt nachgebessert werden. Aus seiner Sicht ist jede sportlich nutzbare Fläche sicherlich sinnvoll. Aber da, wie die Verwaltung nachvollziehbar dargelegt hat, der Tennissport rückläufig ist, müssten sich die begrenzten finanziellen Mittel am Interesse der Bürgermehrheiten orientieren. Er empfiehlt dem Antragsteller, mit lokalen Institutionen, wie z. B. den Bezirkspolitikern oder Privatper-

sonen, in Kontakt zu treten und für sein Anliegen (einfache, billige Spielmöglichkeiten) zu interessieren.

Frau Schmerbach unterstreicht, dass ordnungsgemäß mit den Vorschlägen zum Bürgerhaushalt umgegangen wurde. Eventuell könnte man allerdings die Einschätzungen zu den Vorschlägen beim nächsten Bürgerhaushalt in einer Synopse darstellen. Sie regt an, dem Antragsteller, dem Sportausschuss und auch dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden eine Liste zur Verfügung zu stellen, in der kostenlose und preiswerte städtische Möglichkeiten zum Tennisspielen aufgeführt sind.

Herr Zander informiert, dass es nur die eine städtische Tennisanlage in der Friedrich-Schmidt-Straße gibt. Er ist gerne bereit, dem Antragsteller Fragen zu Spielmöglichkeiten zu beantworten.

Auch aus Sicht von Frau Gebauer hat die Verwaltung ordnungsgemäß bei der Prüfung der Vorschläge zum Bürgerhaushalt gearbeitet. Sie greift den Vorschlag von Herrn Dr. Elster auf und spricht sich ebenfalls dafür aus, die Bezirke zu beteiligen, um eventuell einfache Flächen für Sportmöglichkeiten, auf denen man z. B. auch Tennis spielen kann, mit geringem Aufwand herzustellen.

Herr Thelen regt an, zu der Eingabe den Sportausschuss wegen seiner Fachkompetenz zu beteiligen.

Herr Pohl hält es für bedenklich, wenn die im Zusammenhang mit dem Bürgerhaushaltsverfahren getroffenen Entscheidungen jetzt nochmals durch einen Fachausschuss überprüft würden. Er hält in diesem speziellen Fall eine Beteiligung der Bezirke für angemessener.

Nach kurzer Diskussion unterstützen die Ausschussmitglieder eine entsprechende Ergänzung des Beschlussvorschlages der Verwaltung.

#### **Abweichender Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt die Darstellung der Verwaltung zur Kenntnis und bekräftigt den ordnungsgemäßen Umgang von Politik und Verwaltung mit dem Vorschlag des Antragstellers beim Bürgerhaushaltsverfahren. Weiterhin empfiehlt der Ausschuss allen Bezirksvertretungen, die Verwaltung zu bitten, sofern es Bedarf und Möglichkeiten gibt, möglichst einfach und kostengünstig herzustellende Sportflächen, die auch zum Tennisspielen nutzbar sind, zu realisieren.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **3.2 Eingabe für die Weiterentwicklung des Kölner Müllkonzeptes und der Kölner Müllgebührenpolitik (Az.: 02-1600-2/09) 1166/2009**

## **Beratungsverlauf:**

Der Antragsteller erläutert ausführlich seine Eingabe. Zu Beginn begrüßt er es, dass die Verwaltung einige seiner Anliegen unterstützt. Er hofft, dass günstige Standorte für die zwei weiteren Wertstoffhöfe gefunden werden. Er kritisiert allerdings die Stellungnahmen der Verwaltung zu seinen Vorschlägen zur Volumenerfassung des Mülls für eine verursachergerechte Müllgebühr, zur Anregung hinsichtlich der Energieerlöse, zur Stilllegung einer Ofenlinie und zu seinem Vorschlag für eine Rekommunalisierung der MVA.

Frau Stüwe, 57 Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz, nimmt Stellung für die Verwaltung. Sie macht deutlich, dass bei einer Erfassung des Restmülls nach dem Volumen davon auszugehen ist, dass Teile des Abfalls ordnungswidrig entsorgt würden. Bei nur 5 % der Müllmenge würden dann umgerechnet ca. 15.000 Tonnen Müll im öffentlichen Straßenland landen. Sie widerspricht auch der Aussage des Antragstellers zum Umgang mit den Energieerlösen; diese kommen zu 100 % den Gebührenzahlern zugute. Durch die vom Antragsteller geforderte Stilllegung einer Ofenlinie würden die Verbrennungskosten nicht sinken, da die Verbrennungsanlagen überwiegend durch Fixkosten geprägt sind. Die vom Antragsteller geforderte Rückführung der MVA in kommunale Trägerschaft könnte nur dann realisiert werden, wenn der private Investor mitziehen würde; derzeit könnte davon nicht ausgegangen werden. Der Vertrag laufe noch bis zum Jahre 2025.

Herr Dr. Elster dankt den Antragstellern für die fachlich fundierte Ausarbeitung. Er regt an, die Angelegenheit wegen des doch erheblichen Diskussionsbedarfes an den Umweltausschuss zu überweisen mit der Empfehlung, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen.

Herr Dr. Fladerer weist darauf hin, dass viele der sicherlich lobenswerten Anregungen der Antragsteller und entsprechende Alternativen bereits im Arbeitskreis für Abfallthemen ausführlich diskutiert wurden. Er sieht die Abfallpolitik der Stadt Köln auf einem guten Weg und unterstützt die Ausführungen der Verwaltung. Er spricht sich ebenfalls dafür aus, die Eingabe dem Umweltausschuss zu überweisen.

Herr Brust greift sehr detailliert die Kritikpunkte des Antragstellers auf und unterstützt dabei die Darstellung der Verwaltung. Auch aus seiner Sicht sei es z. B. wünschenswert, die MVA zurück in kommunale Trägerschaft zu führen, allerdings sei der private Anteilseigner nicht bereit, zu verkaufen. Derzeit würden einige Tochterfirmen der MVA zurückgekauft und in die AVG überführt. Auch er unterstützt eine Verweisung an den Umweltausschuss. Er regt an, den Beschlussvorschlag der Verwaltung dahingehend zu ergänzen, dass die Abfallberatung auch über Abfallvermeidung informiert.

Frau Gebauer spricht sich ebenfalls dafür aus, die Eingabe aufgrund des sehr umfangreichen Beratungsbedarfs an den Umweltausschuss zu überweisen.

Frau Schmerbach regt an, den Beschlussvorschlag der Verwaltung auch dahingehend zu ergänzen, dass die Gebührenbescheide auch für eine Werbung zur Erhöhung der Anschlussquote für die Wertstofftonnen genutzt werden.

### **Abweichender Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt die Darstellung der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und überweist die Eingabe an den Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Grün. Es wird empfohlen, die Verwaltung zu bitten, wie zugesagt gemeinsam mit der AWB ein Beratungskonzept zur Reduzierung des Wertstoffanteils in der Restmülltonne zu entwickeln und weiterhin für eine Erhöhung der Anschlussquote für die Wertstofftonnen z. B. auch mit den Anlagen zum Gebührenbescheid zu werben. In diesem Zusammenhang soll auch über die Möglichkeiten zur Müllvermeidung informiert werden. Ferner wird gebeten, wie geplant im Rahmen eines Modellversuchs kurzfristig an zwei weiteren Standorten die Möglichkeit zur Abgabe von Wertstoffen zu schaffen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **3.3 Kreisverkehre sollen vom Ausnahme- zum Regelfall werden (Az.: 02-1600-15/09) 1306/2009**

#### **Beratungsverlauf:**

Der Antragsteller war bis zu diesem Punkt bei der Sitzung anwesend, konnte allerdings wegen eines privaten Termins nicht an der Beratung teilnehmen. Der Vorsitzende trägt daher die Stellungnahme des Antragstellers vor:

„Es ist erfreulich, dass ein Umdenken in der Verwaltung „pro Kreisverkehr“ stattgefunden hat. Doch die Verwaltungsvorlage ist mir nicht präzise genug und geht nicht weit genug.

Ich möchte sichergehen, dass keine Kreuzung in Köln saniert oder umgebaut wird, ohne dass geprüft wird, ob nicht ein Kreisverkehr an dieser Stelle die bessere Lösung ist.

Vor Baubeginn soll der Fachausschuss regelmäßig und rechtzeitig über das Prüfergebnis informiert werden, um dann gegebenenfalls für einen Kreisverkehr zu stimmen.“

Herr Pohl macht deutlich, dass die Verwaltung nach seinem Kenntnisstand schon so handelt, wie es vom Antragsteller gewünscht wird. Weiterhin weist er darauf hin, dass Sehbehinderte Orientierungsprobleme in Kreisverkehren hätten.

Herr Rothe informiert den Ausschuss, dass bei allen Neu- und Umbaumaßnahmen an Knotenpunkten geprüft wird, ob ein Kreisverkehr realisierbar ist. Hinsichtlich der von Herrn Pohl angesprochenen Orientierungsprobleme von Sehbehinderten in Kreisverkehren weist er darauf hin, dass sich die Verwaltung hierzu in einem ständigen Dialog mit der Behindertenbeauftragten befindet.



Frau Schmerbach regt an, den Beschlussvorschlag der Verwaltung etwas positiver darzustellen: „Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt die Darstellung der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und betrachtet die Eingabe als sinnvolle Unterstützung der aktuellen Verwaltungspraxis. Die Realisierbarkeit von Kreisverkehren an Knotenpunkten wird von der Verwaltung regelmäßig geprüft und bei Eignung mit erster Priorität umgesetzt“.

Herr Müller spricht sich dafür aus, dass bei der Prüfung der Realisierbarkeit an Kreisverkehren auch städtebauliche Aspekte beachtet werden sollen.

Herr Pohl regt an, den Verkehrsausschuss über die Angelegenheit zu informieren.

Nach kurzer Diskussion unterstützen die anderen Ausschussmitglieder die Änderungsvorschläge zum Beschlussvorschlag der Verwaltung.

### **Abweichender Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt die Darstellung der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und betrachtet die Eingabe als sinnvolle Unterstützung der aktuellen Verwaltungspraxis. Die Realisierbarkeit von Kreisverkehren an Knotenpunkten wird von der Verwaltung regelmäßig geprüft und bei Eignung mit erster Priorität umgesetzt.

Der Verkehrsausschuss soll über die Angelegenheit informiert werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Thelen  
Ausschussvorsitzender

Schnitzler  
Schriftführer

Thelen  
Ausschussvorsitzender

Schnitzler  
Schriftführer